

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Susanne Victoria Schütz, Björn Försterling und Sylvia Bruns (FDP)

Erweiterung Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg

Anfrage der Abgeordneten Susanne Victoria Schütz, Björn Försterling und Sylvia Bruns (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 26.01.2018

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg hat u. a. die Aufgabe, wissenschaftlich fundiert, die Teile deutscher Geschichte aufzubereiten, zu erforschen und darzustellen, die mit Regionen im früherem Ostpreußen zusammenhängen - mittlerweile erweitert um den Bereich gemeinsamer Geschichte mit den baltischen Staaten. Durch Ausstellungen in Polen, in Russland und den baltischen Staaten beispielsweise trägt es viel zu sachlicher Aufarbeitung gemeinsamer Geschichte und auch dadurch aktiv zur Völkerverständigung bei.

Das Ostpreußische Landesmuseum ist ein institutionell von Bund (70 %) und Land (30 %) geförder-tes Museum (Grundlage § 96 BVFG). Durch die Unterstützung eines Fördervereins, der die bisher bestehenden Gebäude subventioniert hat, fällt für das Land jedes Jahr Miete in Höhe mehrerer Hunderttausend Euro nicht an.

2016 konnte das Museum umfangreiche Bestände zu Leben und Werk von Immanuel Kant übernehmen. Es hat ein Konzept erarbeitet, auf der Grundlage des Kant'schen Werkes eine Ausstellung zu entwickeln, die moderne Fragestellungen aufgreift und sich als Fortbildungsstätte für gesellschaftlich relevante Diskussionen anbietet. Auch ein bauliches Konzept dafür wurde bereits entwickelt. Vonseiten des Bundes gibt es eine Zusage über den Anteil des Bundes an den Baukosten (von insgesamt 8 Millionen Euro), Voraussetzung ist aber auch eine Zusage des Landes über die Übernahme des Landesanteils (2,4 Millionen Euro). Eine Fertigstellung wäre bis 2024 (300. Geburtstag Immanuel Kants) anzustreben, die Umsetzung würde sich sicherlich über mehrere Jahre hinziehen, die Freistellung der Gelder könnte sicher auf vier Jahre verteilt werden, so die Einschätzung des Museums.

1. Wie sieht die Landesregierung die Chancen, den fehlenden Landesanteil von rund 2,4 Millionen Euro für den Bau in den nächsten Jahren bereitzustellen?
2. Falls das Land noch keine feste Zusage macht, welche Chancen sieht die Landesregierung, den Bau dennoch (über andere Mittel?) zu realisieren?
3. Hat die Landesregierung schon eine andere Planung, wie der Anteil Niedersachsens am Kant-Jahr 2024 (Ende der von Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert im Jahr 2014 ausgerufenen Kant-Dekade) gestaltet werden kann?

(Verteilt am 07.02.2018)